

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 23 (2003)
Heft: 45

Artikel: Soziale Gerechtigkeit und "neue Sozialdemokratie"
Autor: Krätke, Michael R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652482>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michael R. Krätke

Soziale Gerechtigkeit und „neue Sozialdemokratie“

Nicht nur Friedrich von Hayek war der Ansicht, dass soziale Gerechtigkeit im Kapitalismus undenkbar sei. Otto Bauer, der führende politische Theoretiker des Austromarxismus, hat sich ebenso entschieden gegen die Formel von der „sozialen Gerechtigkeit“ gewandt: „Man rede nicht von Gerechtigkeit. Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere Klasse ... Es gibt keine ‘gerechte’ Ausbeutung“ (Bauer 1976, S. 745). Beide Österreicher waren sich einig: Von sozialer Gerechtigkeit kann sinnvoll keine Rede sein, wer soziale Gerechtigkeit will, wird die Grenzen des Kapitalismus bzw. der Marktwirtschaft schlechthin überschreiten müssen, was der eine voller Hoffnung, der andere mit Grausen sah.

Das Resultat – wir können nicht sinnvoll von „Gerechtigkeit“ reden – ist das gleiche, die Begründung könnte kaum unterschiedlicher sein. Was Otto Bauer voraussetzt, den Kapitalismus als Ensemble von Ausbeutungsverhältnissen, wird von Hayek mit einem sehr alten, neu aufgeputzten Argument bestritten. Was die Marxisten Ausbeutung nennen, ist das Resultat vieler, formell freiwilliger Markttransaktionen, eines komplexen Marktprozesses, der zu einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen führt. Märkte oder „der Markt“ sind nicht sinnvoll als mit Willen und Bewußtsein begabte Subjekte aufzufassen, sondern nur als un- und überpersönliche Prozesse. Als solcher ist der Markt, jeder Markt, amoralisch oder moralisch blind. Von sozialer Gerechtigkeit im Blick auf Marktprozesse zu reden, ist daher ebenso sinnvoll wie der Ausdruck „ein moralischer Stein“. Nur wer das Marktgeschehen unzulässig personifiziert, kann dem „quasi religiöse(n) Aberglauben“ anhängen, die Resultate dieses blinden und subjektlosen Prozesses ließen sich moralisch im Blick auf „soziale Gerechtigkeit“ beurteilen und kritisieren (vgl. Hayek 1981, S. 53f, 98f, 111ff). Weder die Gewinner noch die Verlierer im „Kosmos des Marktes“ können sich auf Moral berufen. Hayeks Angriff gegen den Unsinn der „sozialen Gerechtigkeit“ wurde durch seinen lebenslangen Kampf gegen jegliche Form von „Sozialismus“ motiviert, eine in seinen Augen universale und zerstörerische Tendenz, die er in allen Spielarten der Sozialdemokratie, aber auch in den christlich-konservativen Volksparteien am Werk sah. Selbst die Kompromißformel der „sozialen Marktwirtschaft“ war ihm ein Greuel, eine gefährliche Konzession an den „Sozialismus“.

Für heutige Neoliberale und solche, die dabei sind, es zu werden, ist Hayeks prinzipielle Verurteilung der unsinnigen und gefährlichen Rede von

„sozialer Gerechtigkeit“ der Weisheit letzter Schluß. Wer diesen Irrtum und Denkfehler nicht begehen will, wird also am besten tun, von „sozialer Gerechtigkeit“ fortan zu schweigen.¹ So auch die „neue Sozialdemokratie“. Wenigen dürfte bewußt sein, auf welch dünnes Glatteis sie sich damit begeben. Denn Hayeks Vorstellung vom Markt als einem spontanen Quasi-Naturprozeß, der nicht von Menschen gemacht wird, sondern über sie kommt, für dessen Resultate also kein einzelner Marktakteur, auch keine Gruppe je verantwortlich zu machen sei, beruht auf sehr anfechtbaren erkenntnistheoretischen Aussagen. Er stellt Behauptungen über die „natürliche Ordnung“ der ökonomischen Dinge auf, die sich um die prinzipielle Beschränktheit des menschlichen Verstandes drehen. Der zukünftige Stand der Dinge ist offen und nicht erkennbar, die bewusste Kenntnis aller handlungsrelevanten Umstände in komplexen Situationen – wie die Marktkonkurrenz eine ist – ist stets unvollständig und prinzipiell unzureichend (vgl. Hayek 1971). Markt und freie Konkurrenz sind rational nur zu rechtfertigen und als spontane, nicht beherrschbare Prozesse akzeptabel, weil das menschliche Wissen und Erkenntnisvermögen prinzipiell begrenzt ist und bleibt (vgl. Hayek 1978, S. 179 u.ö.).² Sobald man vom hohen Ross der Erkenntnistheorie steigt und sich auf das einläßt, worum es Hayek eigentlich zu tun ist, den Marktprozeß nämlich, verlieren seine Behauptungen an Glanz und Plausibilität. Es zeigt sich (und ist wieder und wieder gezeigt worden), dass das, was Hayek zur anthropologischen Naturkonstante erklärt, eine Folge von Marktprozessen ist und durch die besondere institutionelle Form moderner Märkte mit „freier Konkurrenz“ entscheidend geprägt wird. Privateigentum, Geschäfts- und Betriebsgeheimnis, strategisches Verhalten der konkurrierenden Marktakteure, die sehr wohl wissen, dass ihr zeitweiliger oder dauerhafter Markterfolg davon abhängt, dass sie etwas wissen, was ihre Konkurrenten nicht wissen, sorgen in der Tat für eine systematische Beschränktheit des Wissens der Marktakteure. Die Verwandlung von Wissen und Information in eine Ware, die nicht für jeden zugänglich, sondern nur privat und zum Privatgebrauch erworben werden kann, bildet das letzte Glied in der Kette, an deren historischem Beginn die Patentrechte, also die Verwandlung von Wissen in Privateigentum steht (vgl. Krätke 2003).

Folgt man Hayeks Argument, wäre Legalität, die „Gleichheit vor dem Gesetz“, die einzige Vorstellung von Gerechtigkeit, der noch einige normative Kraft zukäme. Damit ließe sich leben, vorausgesetzt, die Gesetze wären gerecht. Über den mehr oder weniger gerechten Inhalt dieser Gesetze, das wissen wir spätestens seit Kant, sagt die bloße Form des Gesetzes nichts aus. Mit der Scheinradikalität des Rechtspositivismus, dessen konsequente Vertreter jeglichen Begriff von Gerechtigkeit verwerfen (vgl. z.B. Kelsen 1953), ist kein Staat und kein Markt zu machen. Hayek und seine Anhänger geben sich damit auch nicht zufrieden. Sie wissen, welche Norm für „gerechte“ Marktgesetze zu gelten hat. Maximale Marktfreiheit für alle Akteure nämlich.³ Damit sind wir beim eigentlichen Witz der Sache. Hayek und seine Anhänger, die heute die öffentliche Debatte beherrschen, predi-

gen keineswegs eine „amoralische Ökonomie“. Im Gegenteil. Sie predigen eine angeblich höhere „Moral des Marktes“ (Hayek 1981, S. 197). Anhänger der „neuen Sozialdemokratie“ sollten schon wissen, auf welche „Marktmoral“ sie sich einlassen.

Der „freie Markt“, also der moderne Kapitalismus, ist nach Hayek eine hochmoralische Veranstaltung, seine implizite Moral steht sogar höher als sozialistische oder christliche Moralvorstellungen. Nicht nur, weil individuelle Freiheit ein hohes Gut ist, sondern vor allem, weil diejenigen, die von ihrer individuellen Freiheit auf den Märkten Gebrauch machen, damit nicht nur sich selbst, sondern zugleich auch allen anderen nützen. Unternehmer, Reiche, sogar reiche Müßiggänger, sind die wahren Wohltäter der Menschheit, denn sie sorgen, ohne es zu wissen oder zu wollen, für Dynamik, ökonomischen und technologischen Fortschritt, für Innovationen, kurz für die rasche Steigerung des Wohlstands und Wohlergehens aller. Wer sich der Marktmoral gemäß verhält, also ganz eigennützig nach einem (möglichst großen) persönlichen Gewinn strebt, tut Gutes, trägt dazu bei, die Lebenssituation aller Menschen zu verbessern. Der Marktprozeß, in dem viele Unternehmer und Reiche – und solche, die es nach Hayek werden wollen und können – unbewußt zusammen wirken, ist eine unübertroffene und unübertreffliche Maschine des allgemeinen Wohlstands und Fortschritts, an dem alle – auch die Armen und die jeweiligen Verlierer im Marktprozeß – teilhaben (vgl. Hayek 1971, 1981). Christen und Sozialisten, die das „Recht der Armen“ bzw. der Arbeiterklasse einfordern, sind nicht nur hoffnungslos naiv, sondern geradezu unmoralisch, denn sie stören und zerstören den Markt und seine Moral. Ein guter Sozialdemokrat konnte im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterklasse oder der „kleinen Leute“ gar nicht anders, als vor der höheren Moral des Kapitalismus auf die Knie zu gehen. Was unsere „neuen Sozialdemokraten“ ja auch seit einiger Zeit wieder tun.

Im Vergleich zu diesem radikalen Plädoyer für die „Moral des Marktes“ sind alle zeitgenössischen Versuche der Marktkritik und „Remoralisierung“ der Ökonomie halbherzig und inkonsequent. Amitai Etzioni (1988) gibt dafür das beste Beispiel: Obwohl er die neoklassische Lehre vom Markt kritisiert, verwirft er sie nicht – anders als Hayek –, sondern versucht eine Art von „friedlicher Koexistenz“ zwischen Neoklassik und soziologischem bzw. psychologischem Wissen über die normative und affektive „Dimension“ menschlichen Handelns. Da die nicht zu haben ist, verheddert sich Etzioni fortlaufend in Ungereimtheiten: Märkte sind nicht neutral, nicht autonom und selbstregulierend, Marktakteure sind nicht amoralisch und auch nicht emotionslos, alles andere als „rationale Automaten“, Marktbeziehungen sind nicht unpersönlich, schon gar nicht machtfrei und haben mit dem neoklassischen Idealbild „vollkommener Konkurrenz“ wenig gemein. Dennoch kann er sich nicht dazu durchringen, die Vorstellung einer autonomen Sphäre der Marktrationalität aufzugeben. Dort aber, auf dem wie auch immer eingegrenzten „Markt“, hat die Gerechtigkeit, wie die Moral überhaupt, nichts verloren. Der Grund für diese fatale Inkonsequenz liegt

auf der Hand: Es ist der heilige Respekt vor dem Zentraldogma der Neoklassik, dem Mythos von der „Effizienz“ des Marktes. Wer die reale Welt der Märkte im Kapitalismus ins Auge faßt, muß ohne diesen Mythos leben. Wie übermächtig die Ideologie des Marktes selbst in ihrer unhandlichen, neoklassischen Version heute ist, kann man daran ermessen, dass selbst ein Nicht-Ökonom und Kritiker des Marktgeschehens wie Etzioni Hemmungen (nicht einmal gute Gründe) hat, die Dogmen der Markteffizienz aufzugeben. Wieviel grösser die Angst bei denen, die über tatsächliche Marktregulierungen bzw. deren Revisionen politisch zu entscheiden haben: Wird die „Effizienz“ der großen Wohlstandsmaschine „Markt“ bzw. Kapitalismus dabei Schaden nehmen? Derlei Bedenken plagten die Anhänger der „neuen Sozialdemokratie“, soweit sie keine reinen Ideologen oder Zyniker sind. Wie entscheidet man sich zwischen Moral und Effizienz? Im Zweifelsfall für die Effizienz, in der Hoffnung, sie werde auf die Dauer dem Gemeinwohl, vielleicht auch der „Gerechtigkeit“ am besten dienen.

Gerechtigkeit und Effizienz

Der theoretische locus classicus für das behauptete Dilemma ist Arthur Okuns *Equality and Efficiency. The big Tradeoff* aus dem Jahre 1975.⁴ Keine akademische Stilübung, sondern eine politische Streitschrift, verfaßt von einem Anhänger von Präsident Johnsons „War on Poverty“ und „Great Society“, dem bislang sozialdemokratischsten Regierungsprogramm, das die USA je erlebt haben. Im Streit zwischen Neuer Rechter und Neuer Linker versuchte Okun, die reformistische Position (die „Mitte“) neu zu bestimmen.⁵ Er kritisierte und verwarf die gängigen Pro-Markt-Argumente radikalliberaler Provenienz, etwa das des angeblich natürlichen Zusammenhangs von Eigentumsrechten und individueller Freiheit oder das der angeblichen „Leistungsgerechtigkeit“ der marktvermittelten Einkommen und Vermögen oder das liberale Standarddogma von „Markt“ und „Staat“ als absoluten Gegensätzen. Anders als etliche Vordenker der „neuen Sozialdemokratie“ ließ Okun sich in keine dieser theoretischen Sackgassen locken. Es kostete ihn wenig Mühe, die Haltlosigkeit der ersten Behauptung, wonach die Menschen von Natur Eigentümer und nur als unbeschränkt souveräne Privateigentümer auch „frei“ sind, zu zeigen.

Mit dem Mythos vom absoluten Privateigentum haben Rechtshistoriker und -theoretiker schon vor langer Zeit aufgeräumt, was natürlich zeitgenössische Philosophen, in den 1970er Jahren wie heute, nicht hindert, ihn immer wieder aufzuwärmen. Okuns Einwände gegen die urliberale Dichotomie von „macht- und herrschaftsfreiem“ Markt und „eigentumslosen“ bzw. „marktfernen“ Staat waren nicht so entschieden, obwohl er sich zu Recht gegen die damals schon beliebte Formel vom Minimalstaat wandte. Im Blick auf die angebliche „Leistungsgerechtigkeit“ von Markteinkommen (im Gegensatz zu den „nicht leistungsgerechten“ Transfereinkommen), also das Dogma, das namentlich die deutsche Diskussion seit Jahrzehnten vernebelt, hatte er relativ leichtes Spiel: Dass der „Erfolg“ auf

dem Markt ganz und gar vom persönlichen Einsatz jedes einzelnen abhängen, daher moralisch in jedem Fall gut und verdient sei, dass die jeweilige Belohnung oder das Geldeinkommen, das am Markt zu verdienen sei, ganz und gar diesem persönlichen Einsatz entspreche und nur aus diesem zu erklären sei – über diese Dogmen waren intelligente Liberale (wie Friedrich von Hayek oder Frank Knight) schon lange mit der gebührenden Verachtung hinweggegangen. Okun brauchte nur an ein paar in den Sozialwissenschaften seit langem bekannte Sachverhalte zu erinnern: Ein Zusammenhang zwischen individuellem Einkommen und Vermögen und individueller „Leistung“ ist nur sehr indirekt herstellbar, in vielen Fällen überhaupt nicht.

Für die Höhe des Einkommens oder Verdienstes weit wichtiger als die individuelle Leistung sind unter Marktbedingungen vorhandene Klassenunterschiede (die man sich nicht aussuchen kann), ungleich verteilte „natürliche“ Talente (wie z.B. die Körpergröße), der Horizont der eigenen Erwartungen und Ambitionen (der ebenfalls „ererbte“, durch Klassenlage bedingte Komponenten kennt), und der jeweilige Überfluß bzw. Mangel an den Qualifikationen und / oder Fähigkeiten, die man selbst anzubieten hat (was sich ebenfalls der Kontrolle des einzelnen entzieht). Woraus folgt: Es gibt kaum stichhaltige moralische oder ethische Argumente gegen eine Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit. Selbst „Leistungsgerechtigkeit“ würde, wenn das ein ernsthaftes Argument wäre, das auf einem ernst zu nehmenden Vergleich von individuellen Leistungsunterschieden basierte, eher für als gegen eine Verringerung der vorhandenen Einkommensungleichheiten sprechen.⁶

Starke moralphilosophische Argumente für den Markt sah Okun also nicht, die ökonomischen schienen ihm dafür umso stärker. Effizienz – im Sinne von maximalem Ergebnis beim Einsatz aller verfügbaren, stets begrenzten Mittel – ist ohne ein gewisses Maß an Ungleichheit nicht zu haben. Sie ist, darin folgt Okun dem ökonomischen Alltagsverstand, um so größer, je größer die Einkommensunterschiede – was mit der Stärke von „Anreizen“ bzw. ihrer Wirksamkeit zu erklären wäre. Nivellierung der Einkommens- und Besitzunterschiede würde bedeuten, dass die weitaus meisten Marktakteure die Lust verlieren, die vorhandenen Arbeitskräfte und Ressourcen auf die jeweils produktivste Art und Weise einzusetzen. Mit den Einkommens- und Vermögensunterschieden schwinden auch die „Anreize“, die vorhandenen Mittel effizient einzusetzen, damit wird die große Mehrheit unweigerlich verlieren – weniger Wohlstand für alle, obwohl es einigen deutlich besser gehen kann als zuvor. Das ist die ökonomische Standardlogik, der auch ein kritischer Kopf wie Okun sich beugt. Umverteilung, so führte Okun es mit Hilfe der Metapher vom leckenden Eimer vor, führt zu Effizienzverlusten: Veränderungen des Arbeitsethos sind nicht meßbar, werden also beiseite gelassen. Am schwersten wiegen die negativen Folgen für die Arbeitsleistung und für Sparen und Investieren, die rapide nachlassen sollen, wenn die „Anreize“ schwinden. Zusammen mit den unvermeidlichen Kosten einer jeden Umverteilungsaktion ergibt sich daraus eine ökonomische Grenze: Ein Punkt, wo die

Effizienzverluste und die daraus folgenden Einbußen an Reichtum für die meisten Marktteilnehmer größer werden als die Vorteile, die die Armen und die „Schlechterverdienenden“ von der Umverteilung haben.

Okuns Lösung war dennoch gut reformistisch. Mit Hilfe einer Strategie bewußter Marktblockaden müsse dem Markt genau der Raum gegeben werden, der ihm zukomme (vgl. auch Walzer 1992). Aber innerhalb dieses politisch definierten und von Staats wegen zu begrenzenden Raumes müsse dem Markt alle Freiheit gelassen werden, damit er seine unüberbietbare „Effizienz“ entfalten könne.⁷ Das war und ist bestreitbar. Weder ist die anthropologische Annahme haltbar, dass rationales Verhalten von Menschen auf Märkten vollständig durch „Anreize“, verstanden als finanzielle Anreize, also differentielle Preise bzw. Belohnungen, bestimmt sei. Dem ist ganz und gar nicht so. Auf Arbeitsmärkten, um deren „Effizienz“ es heute wie damals in erster Linie geht, spielen eine Reihe anderer Elemente, die sich nicht in Geld ausdrücken lassen, eine mindestens ebenso wichtige Rolle für das Verhalten der Beteiligten wie meßbare Lohnunterschiede, und zwar bei „Arbeitnehmern“ wie „Arbeitgebern“. Nur dann, wenn der Lohn bzw. Verdienst als „unbillig“ oder „ungerecht“ empfunden wird, wird er zum zentralen Maßstab dessen, was zwischen den Beteiligten strittig ist. Ansonsten, d.h. sehr viel öfter als der Ökonom glauben mag, geht es bei den alltäglichen Arbeitskonflikten um anderes und mehr als „finanzielle Anreize“, um Loyalität, um Status, um Respekt, um Berufsstolz, um Selbstvertrauen und gegenseitiges Vertrauen. Alles wichtig, alles für Geld nicht zu haben. Sobald wir die eindimensionale Vorstellung von Gleichheit bzw. Ungleichheit zugunsten einer Vorstellung von komplexer Gleichheit bzw. Ungleichheit aufgeben, wird die Sache schwierig. Es läßt sich dann nicht mehr ohne weiteres von „mehr Ungleichheit“ auf „höhere Produktivität“ schließen und umgekehrt. Man kann nicht einmal mehr ausschließen, dass „mehr Gleichheit“, z.B. im Sinne von „Status-Gleichheit“ oder flacheren Hierarchien, also gleichmäßigerer Verteilung von Entscheidungsbefugnissen, zu „mehr“ statt „weniger“ Effizienz führt.

Noch viel weniger plausibel, geschweige denn zwingend ist die Annahme, dass man dem Standardmodell der Märkte, mit dem die herrschende Lehre der Ökonomie hantiert, kritiklos zu folgen habe. Einmal angenommen, wie Okun tat, die Arbeits- und Kapitalmärkte funktionierten wie im Lehrbuch, dann wäre das Effizienz-Argument richtig. Da reale Märkte, insbesondere Arbeitsmärkte, aber auch andere besondere Märkte, ganz und gar nicht so funktionieren, wie es die Lehrbuch-Ökonomie gern hätte, könnte es sein, dass Okuns tradeoff, die unangenehme Wahl zwischen Gleichheit und Effizienz, nicht oder nur sehr begrenzt und unter speziellen Bedingungen stimmt. Viele Ökonomen kennen sich z.B. mit der realen Welt der Arbeitsmärkte genug aus, um zu wissen, dass von der berühmten Allokationseffizienz der Märkte – es sitzt immer der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt und zum richtigen Preis auf dem richtigen, passenden Arbeitsplatz – keine Rede sein kann. Wer sich des himmelweiten Unterschieds zwischen den hypothetischen Idealwelten der Standardökonomie

(mit mehr als zweifelhaftem analytischen Gebrauchswert) und der realen Welt der Märkte bewusst ist, wer weiss, wie verschiedenartig Märkte institutionalisiert worden sind und noch werden, wie wenig homogen Märkte sind, wie sehr die mögliche „Effizienz“ von Märkten von Umständen abhängt, die die Marktakteure selbst nicht unter Kontrolle haben, der wird den Zwang, zwischen Gleichheit und Effizienz zu wählen, für weniger tragisch halten, als er Okun vorkam. Wer sich obendrein der extremen Künstlichkeit unserer Marktinstitutionen bewusst ist, wer weiss, dass die meisten Märkte im Kapitalismus mit „fiktiven Waren“ zu tun haben, die noch stärker als Warenmärkte von vielerlei Nicht-Markt-Institutionen abhängig sind, der wird sich kaum scheuen, über Märkte, Marktordnungen und Marktprozesse auch moralische Urteile abzugeben bzw. die angebliche „Marktmoral“, wie sie von einigen verkündet wird, für diskutabel zu halten.

Gerechtigkeit, Gleichheit und Sozialstaat

“Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben“ – das ist die alteuropäische Kurzformel für die „gute Regierung“. Da es mit der formalen Gleichheit vor dem Gesetz nicht getan ist, müssen Regierungen und Parlamente sich allerhand einfallen lassen, um dieser Norm zu genügen. Eine gute Regierung, eine gute demokratische Regierung zumal, wird daher unweigerlich dem liberalen Ideal der „billigen Regierung“ oder des „schlanken Staats“ nicht entsprechen, sie wird für alle Beteiligten teuer und arbeitsintensiv.⁸ In den Rechtsordnungen, die wir haben, käme die Erfüllung der scheinbar so simplen Forderung, jedermann müsse zumindest einen fairen Prozeß und eine faire Chance haben, unabhängig von seinem Einkommen, Vermögen, seinem „sozialen“ und/oder „kulturellen“ Kapital, einer wahren Revolution gleich. Dazu braucht man nämlich eine Justiz, die den einzelnen nichts kostet, also vom Staat aus allgemeinen Steuermitteln finanziert wird und auf den heutigen, bürokratisch komplizierten und höchst kostspieligen Apparat von Gerichts- und Anwaltsgebühren, Verfahrenskosten etc. verzichtet. Mithin eine Justiz und eine Form der juristischen Expertise, die niemand mehr kaufen und von der niemand mehr ausgeschlossen werden kann. Man stelle sich einmal vor, dass tatsächliche „Waffen-“ und „Chancengleichheit“ vor Gericht hergestellt wäre. Es gibt keinen Grund, über „Juristensozialismus“ zu spotten.

Wer „soziale Gerechtigkeit“ einklagt, betreibt Kapitalismuskritik, bewußt oder unbewußt. Allein die immer wiederkehrende Vorstellung, dieses System sei in mancher Hinsicht „ungerecht“, erinnert die „Sieger der Geschichte“ im postsozialistischen Zeitalter daran, dass sie zwar gewonnen, aber nicht gesiegt haben. Das tut weh, denn der Reiche, zumal der Geld- und Vermögensbesitzer, der Rentier und der Aktionär, will nicht nur reich sein, sondern auch das Recht haben, reich zu sein und seinen Reichtum ohne Rücksicht auf andere zu genießen, wie schon Max Weber wußte. Um Legitimität und Illegitimität privaten Reichtums und privater Bereicherung geht es oder – gramscianisch – um Hegemonie und deren mehr oder weniger

festen Formen und Inhalte, also um die Frage, wie „gut und gerecht“, wie „natürlich“ oder wie angreifbar der real existierende Kapitalismus gerade den Verlierern und strukturell Benachteiligten und Unterlegenen erscheint. Ein Kampf um Anerkennung – von Hegel ins Zentrum des Verhältnisses von Herren und Knechten gerückt – ist in vollem Gange. Dank der in allen bürgerlichen Gesellschaften wieder und wieder proklamierten Gleichheit der Menschen und Bürger haben die Knechte gute Chancen, die Ungleichheit zum Skandalon der Politik zu machen. Gerade demokratisch verfaßte Staaten haben ihre Not mit der „spezielle(n) Tyrannei des Geldes“ (Walzer 1992, S. 445). Was „sozial“ gerecht oder ungerecht sei im real existierenden Kapitalismus, darüber könne nur eine einzige Wissenschaft entscheiden, die politische Ökonomie (so Engels 1969, 247). Entscheiden kann sie das nur, wenn sie sich gegen die heute gängigen Marktmythen, gegen die Mär von der „Effizienz“ und der für alle segensreichen Wirkung der Märkte an sich wendet. Dazu bedarf es einer anderen, einer politischen Ökonomie, die nicht nur Marktgrenzen und Marktversagen, sondern auch Marktmacht und Marktausbeutung in den Blick nehmen kann.

Gerechtigkeit und Gleichheit sind zweierlei. Gleichheit kann ungerecht sein, Ungleichheit mit Gerechtigkeit zusammengehen. Ungleichheiten zur Kenntnis zu nehmen, Ungleichheiten zu respektieren, kann sehr wohl gerecht sein. Gleiches Recht für alle, so Marx, kann die realen Unterschiede und Ungleichheiten nicht aufheben, wirkt daher als „ungleiches Recht“ für ungleiche Individuen und wirkt so im Rahmen des „enge(n) bürgerliche(n) Rechtshorizont(s)“ (Marx 1969, 20f, 21). Über die Struktur der sozialen Ungleichheiten in bürgerlichen Gesellschaften gibt wiederum die politische Ökonomie Auskunft, die die „Gleichheitsillusionen“ und merkwürdig egalitären Gerechtigkeitsvorstellungen dieser Gesellschaften kennt und kritisiert. „Gleichheit der Konkurrenzbedingungen“, „Gleichheit des Marktzugangs“, „Chancengleichheit“ sind allesamt gut bürgerliche Vorstellungen, das der bürgerlichen Gesellschaft adäquate Ideal „sozialer Gerechtigkeit“. Sozialdemokraten, die diesen „bürgerlichen Rechtshorizont“ selbst in Gedanken nicht mehr zu überschreiten wagen, sind dazu verurteilt, sich in den Fallstricken dieses altehrwürdigen Gleichheitsdiskurses immer wieder zu verfangen. Wer darin zappelt, macht politische Dummheiten.

Schröder, Clement und Co. behaupten im Chor, etwas mehr an sozialer Ungleichheit, etwas mehr Armut, ein etwas höheres Verarmungsrisiko, etwas mehr Unfreiheit und Zwang für Sozialleistungsempfänger könnten der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Sozialstaat nicht schaden. Dessen Leistungsniveau sei so unerhört hoch, besser als in jedem Nachbarland, dass auch nach der angeblich notwendigen Sparaktion die deutschen Sozialstaatsbürger/innen noch immer besser dastünden als der Rest der Welt. Das ist ein Irrtum. Die Herren vergessen, wenn sie es je gewußt haben, dass der bundesdeutsche Sozialstaat im internationalen Leistungsvergleich mit anderen Sozialstaaten, erst recht im Vergleich mit anderen europäischen Sozialstaaten in Europa, alles andere als Spitze, nämlich bestenfalls gutes Mittelmaß ist. Nur in einer Hinsicht ragt der

bundesdeutsche Sozialstaat in der Tat und unbestreitbar hervor: Bei der treffsicheren Reproduktion der Einkommensungleichheiten, die im Marktsektor zwischen den Beschäftigten bereits entstehen, in der Form von Ungleichheiten der „erworbenen sozialen Rechte“ und der tatsächlich gezahlten Transfereinkommen. Das deutsche Sozialversicherungssystem, vollständig zugeschnitten auf lebenslange „unselbständige“ Erwerbsarbeit, reproduziert nicht nur die schon vorhandene soziale und ökonomische Ungleichheit zwischen den Erwerbstätigen aller Klassen, sondern verstärkt sie noch durch zahlreiche Sonderregelungen für spezielle Gruppen.

Nirgends sind die egalitären oder „universalistischen“ Elemente des Sozialstaats so schwach entwickelt wie in der Bundesrepublik, nirgends war die „Umverteilung“ so schwach ausgeprägt, der „Sozialismus in einer Klasse“ (gemeint ist die staatlich organisierte Solidarität) so dominant wie in der Bundesrepublik.⁹ Die Schweiz, auch nicht gerade eine Heimstatt des linken Radikalismus, ist als Sozialstaat betrachtet in so gut wie jeder Hinsicht weit egalitärer als die Bundesrepublik. Die Agenda für eine wirkliche sozialdemokratische Reform des bundesdeutschen Sozialstaats läge also auf der Hand – und tatsächlich ist sie seit mehr als zwanzig Jahren auch bekannt. Wenn der behauptete Zusammenhang „je mehr soziale Ungleichheit, je größer die Ungleichheit zwischen Erwerbstätigen und Sozialleistungsempfängern, desto besser für die Wettbewerbsfähigkeit“ stimmte, brauchten Schröder und Co. sich keine Sorgen zu machen. Was im Moment geschieht, ist das genaue Gegenteil einer Strukturreform des deutschen Sozialstaats.

Ausbeutung und Gerechtigkeit

Intuitiv wissen wir, dass alles, was Ausbeutung genannt wird, nicht gerecht sein kann. Dennoch gibt es innerhalb von Ausbeutungsverhältnissen Normen, sogar Rechtsnormen, die die Beteiligten zu beachten haben. Arbeits- und Kreditverträge sind systematisch „unvollständig“, können die gegenseitigen Verpflichtungen der Parteien nie komplett und abschließend regeln. Daher gehören Arbeits- wie Kreditbeziehungen zur Kategorie des „umkämpften“ Tausches, der auch nach dem formellen Vertragsabschluss noch lange nicht abgemacht ist. Der fortgesetzte Kampf in und um diese Verhältnisse braucht Regeln, Normen, gesetzliche Grenzen und bekommt sie, so dass die zentralen Ausbeutungsverhältnisse im modernen Kapitalismus immer rechtsförmiger, wenn auch nicht gerechter werden.¹⁰ Streng genommen ist der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nur Genüge zu tun, wenn alle Formen von Ausbeutung radikal und ein für allemal abgeschafft werden. Soweit ist die Angst unserer neoliberalen Ideologen ja berechtigt: Hinter der „sozialen Gerechtigkeit“ lauert immer noch die Vorstellung einer ganz anderen, einer nicht-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, auch wenn sich diejenigen, die hier und jetzt Gerechtigkeit fordern, darüber nicht immer im klaren sind.

Hat also Otto Bauer, der radikale Reformist, doch Recht? Kann es auf Arbeitsmärkten „gerecht“ zugehen, kann es eine „gerechtere“ Form der Lohnabhängigkeit (und Ausbeutung) geben? Immerhin behaupten ja die Protagonisten der „neuen Sozialdemokratie“ nicht zu Unrecht, Arbeitslosigkeit, vor allem langwierige Arbeitslosigkeit sei die ärgste Form der Ungerechtigkeit, da sie Menschen dauerhaft von jeglicher gesellschaftlicher Teilhabe ausschliesse in einer Welt, die nun einmal eine Waren- und Marktwelt ist. Richtig gesehen und doch falsch gedacht. Denn just um den spätestens seit Marx' Zeiten nur zu wohlbekanntem Sachverhalt, dass der erzwungene Müßiggang und die Verarmung der einen einhergeht mit der ebenso erzwungenen, systematischen Überarbeitung der anderen (die dabei auch nicht reicher werden), in den Griff zu bekommen, wurde einst als letzte Sozialversicherung die Arbeitslosenversicherung erfunden. Wenn die Massenarbeitslosigkeit auch im „Aufschwung“, selbst im Boom nie mehr verschwindet, wenn die „industrielle Reservearmee“ nicht mehr als konjunkturelle Arbeitsreserve fungiert, dann ist die Lösung der „Arbeitslosenversicherung“ in der Tat historisch überholt.

Man muß sich also etwas Neues einfallen lassen. Eine Strukturreform ist notwendig und wäre schon vor zwanzig Jahren notwendig gewesen. Das ist den „neuen“ Sozialdemokraten nicht zum Vorwurf zu machen, auch nicht die gut bürgerliche Vorstellung, einige Ungleichheiten von Einkommen und Vermögen seien in einer kapitalistischen Ökonomie nicht nur unvermeidlich, sondern „berechtigt“ und „gerechtfertigt“. Nein, das Problem besteht darin, dass die „neue“ Sozialdemokratie auf den Arbeitsmärkten höchst einseitig und höchst unklug Partei ergreift, und zwar für die Arbeitskraftkäufer. Statt von Staats wegen Lohndrückerei zu betreiben bzw. zu ermöglichen, wäre gut reformistische, sozialdemokratische Politik, sich gerade auf der anderen Seite, der der Arbeitskraftverkäufer, verstärkt zu engagieren. Das wäre ein Gebot der ausgleichenden „sozialen Gerechtigkeit“, sobald man zur Kenntnis nimmt, dass es in der Tat strukturelle Machtasymmetrien auf Arbeitsmärkten gibt – in der Regel zuungunsten der Arbeitskraftverkäufer. Ohne weiteres könnte die „neue“ Sozialdemokratie „Angebotspolitik“ auf dem Arbeitsmarkt betreiben, für Beschäftigte wie Arbeitslose, und den „Arbeitnehmern“ den Rücken stärken. Z.B. durch Bildung, Ausbildung und nochmals Bildung und Ausbildung, wie die ganz richtige Formel von New Labour lautete. Niemand zwingt die „neue Sozialdemokratie“, gegen die Interessen ihrer eigenen Klientel den bequemsten aller Wege zu gehen und ökonomisch unsinnige Sparaktionen auf dem Rücken der Ärmsten durchzuziehen.

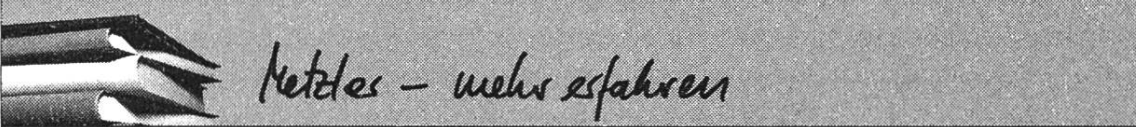
Anmerkungen

- 1 Konsequenter kehrt sich Hayek daher auch gegen die zahlreichen Legitimationslegenden, die die politische Ökonomie von Anfang an begleiten. Gewinne mit „Verdienst“ oder „Leistung“ oder „Risiko“ zu rechtfertigen, hält er deshalb für abwegig, weil damit moralischen „Gerechtigkeitsforderungen“ eine Hintertür geöffnet wird: Zumindest „unverdiente“ oder nicht „leistungsgerechte“ bzw. „zurechenbare“ Gewinne oder Vermögen könnten immer noch mit Enteignungs- oder Umverteilungsforderungen attackiert werden.
- 2 Folglich muss Hayek die neoklassische Marktlehre, die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, in der „vollständige und richtige“ Informiertheit aller Marktakteure vorausgesetzt wird, als pure Ideologie abweisen.
- 3 Konsequenter durchdacht geht das bis zur Abschaffung sämtlicher Tarifverträge und zur kompletten Deregulierung des Geld- und Kreditverkehrs. Was natürlich ohne starken Staat, der die Verlierer solcher Operationen in Schach hält, nicht zu denken ist.
- 4 Das Thema bzw. die Debatte darüber ist natürlich so alt wie der moderne Kapitalismus und die politische Ökonomie.
- 5 Im europäischen Kontext würde man Okun einen gemäßigten linken Sozialdemokraten nennen. In den USA, wo es keine Sozialdemokratie gibt, war und ist das eine radikale Position.
- 6 In dem völlig ideologisierten Klima, das gegenwärtig in Deutschland herrscht, wäre er damit sofort als unheilbarer Linksradikaler abgestempelt. Hayek würde sich totlachen.
- 7 Vom heutigen Marktfundamentalismus ist das natürlich meilenweit entfernt, gut sozialdemokratisch eben.
- 8 Für die Regierenden wie für die Regierten. Damit kann man gut begründen, warum eine funktionierende Demokratie nur mit einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit für alle möglich ist.
- 9 Wenn die genannten Herren und ihre Zuträger das nicht wissen, hätten sie sich vielleicht beim dänischen Kollegen Gøsta Esping-Andersen, den sie mit mehr als zwanzigjähriger Verspätung gerade als neuesten Guru entdeckt haben, Rat holen können. In der Bundesrepublik ist übrigens an Leuten, die sich auch in international vergleichender Sozialpolitik auskennen, kein Mangel. Aber die wird man in den diversen Kommissionen (Rürup, Hartz etc.) vergeblich suchen.
- 10 Es gibt in allen kapitalistischen Ökonomien noch weit mehr besondere Formen der Ausbeutung, die sich auf Märkten und durch Markttransaktionen vermittelt vollziehen. Die scheinbar neue Unübersichtlichkeit der Klassenverhältnisse hängt damit zusammen, dass sich die Ausbeutungsformen überlagern und mischen. Formen der Ausbeutung, die früher den Mittelklassen vorbehalten schienen, z.B. die Kreditausbeutung, treffen heute auch den klassischen Lohnarbeiter, z.B. als Eigenheimbesitzer und Autokäufer. Umgekehrt werden heute Angehörige der Mittelklassen wie Proletarier ausgebeutet – in ihrem unmittelbaren Arbeitsprozeß, in einer permanenten Leistungs-, Verdrängungs- und Rationalisierungskonkurrenz, die sie bis vor kurzem nicht kannten.


Literatur

- Bauer, Otto, 1976: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. In: Otto Bauer Werkausgabe, Bd. 4, Wien
- Engels, Friedrich, 1969: Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin
- Esping-Anderson, Gøsta et al., 2002: Why we need a new welfare state. Oxford
- Etzioni, Amitai, 1988: The Moral Dimension. Toward a New Economics, New York

- von Hayek, Friedrich August, 1971: Die Verfassung der Freiheit, Tübingen
 von Hayek, Friedrich August, 1978: New Studies in Philosophy, Politics and Economics. London
 von Hayek, Friedrich August, 1981: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. II, Die Illusion sozialer Gerechtigkeit. Landsberg am Lech
 Kelsen, Hans, 1953: Was ist Gerechtigkeit? Wien
 Krätke, Michael R., 2003: Mythos Markt, oder wo der gesellschaftliche Verstand (nicht) zu haben ist. In: Jens Becker / Heinz Brakemeier (Hg.), Was wäre eine „Vereinigung freier Individuen“? Hamburg
 Marx, Karl, 1969: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms). In: Marx/Engels-Werke, Bd. 19, Berlin
 Okun, Arthur M., 1975: Equality and Efficiency. The big Tradeoff. Washington D.C.
 Ritsert, Jürgen, 1997: Gerechtigkeit und Gleichheit. Münster
 Walzer, Michael, 1992: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt/M. / New York



Kritische Theorie heute?



Horkheimer, Adorno u. a. haben die großen Diskurse der Ära nach 1945 inspiriert. Und ihr Bezug zur Gegenwart?

- Frankfurter Schule als aktuelles Denkmodell
- Herrschaft und Demokratie, verwaltete Welt, Sozialcharaktere, Kulturindustrie u.v.m.

20 Beiträge zur Geschichte der Kritischen Theorie.

2003. 400 S. Kart.,
 CHF 64,- / € 39,95
 ISBN 3-476-01849-0

**VERLAG
 J.B. METZLER**

Fax: 07 11/2194-119
 info@metzlerverlag.de
 www.metzlerverlag.de